III—Va mit *U jeder Grundstücksgrenze heranzuziehen, soweit diese 20 m an jeder Straße nicht überschreitet, über dieses Maß hinausgehende Mehrlängen sind voll in Ansatz zu bringen.

- b) Der Eigentümer ist zu den vollen Kosten zu veranlagen. Es ist ihm aber nach Anerkennung der obigen Voraussetzungen, möglichst gleichzeitig mit der Veranlagung, mitzuteilen, daß ihm wegen besonderer Härte der Kostenpflicht die Kosten in der zu benennenden Höhe erlassen werden, wobei das Recht auf volle Veranlagung gemäß § 7 Abs. 2 des genannten Ortsgesetzes unberührt bleibt.

B) B e w o h n b a r e L a u b e n

Die vom Magistratsausschuß der Abt. für Bau- und Wohnungswesen beschlossenen und nachstehend bekanntgegebenen Richtlinien vom 9. November 1945 lassen die Errichtung von dauernd bewohnbaren Lauben auf 5 Jahre (bis Jahresschluß 1950) zu. Soweit diese Lauben den erlassenen Richtlinien entsprechen, sind sie von den Straßenkosten (Grunderwerb, Freilegung, erste Einrichtung, Entwässerung, Beleuchtungsvorrichtung) freizustellen.

- C) Diese Ausführungsanweisung tritt am 1. Juni 1946 für eine Dauer von 2 Jahren in Kraft und gilt für alle während dieser Zeit entstehenden Forderungen auf Zahlung von Straßenkosten.

B e r l i n , den 22. Juni 1946.

Magistrat der Stadt Berlin

Der Oberbürgermeister

Dr. W e r n e r

Richtlinien für die Errichtung bewohnbarer Lauben

Angesichts der schwierigen Nachkriegswohnlage kann über die Bestimmungen des § 29 Ziffer 2 der Bauordnung der Stadt Berlin vom 9. November 1929 hinaus vorübergehend auf 5 Jahre die Errichtung von bewohnbaren Lauben zugelassen werden.

Hierfür gelten folgende Richtlinien:

1. Das Grundstück muß mindestens 250 qm groß und von einer öffentlichen Straße her jederzeit sicher zu erreichen sein. Bei undurchlässigem Boden kann eine Grundstücksgröße bis zu 300 qm gefordert werden.

2. In einer Entfernung von höchstens 200 m (vom Zugang zum Grundstück gerechnet) muß einwandfreies Trinkwasser entnommen werden können.

3. Die Laube darf einschließlich einer etwa vorgesehenen Veranda eine Grundfläche von höchstens 30 qm erhalten. Außerdem sind zulässig ein Stall und ein Abort von zusammen 10 qm Grundfläche, und zwar nach Möglichkeit in unmittelbarem Anbau an die Laube.

4. Die Lauben und Nebenanlagen müssen von Nachbargrenzen mindestens 3 m und von den Gebäuden über 40 qm Größe mindestens 8 m entfernt sein. Wenn ausnahmsweise 2 Wohnlauben an den Nachbargrenzen aneinander gebaut werden, muß mindestens eine gemeinsame mindestens 1 Stein dicke Brandmauer vorgesehen werden.

5. über Erdgleiche darf die Sockelhöhe 0,30 m, die Traufhöhe 2,50 m und die Firsthöhe 3,50 m nicht überschreiten. Als lichte Raumhöhe genügen 2,20 m.

6. Die Anlage eines Kellerglasses (Vorratskammer) in geringen Abmessungen ist zulässig.

7. Jede bewohnbare Laube muß einen Abort erhalten.

8. Die Wahl der Baustoffe ist freigestellt. Die Umfassungswände müssen jedoch hinreichenden Schutz gegen Witterungseinflüsse und die Dacheindeckungen gegen Flugfeuer, strahlende Wärme und Niederschläge bieten.

9. Für Feuerungsanlagen sind die §§ 18 bis 20 der BO. zu beachten.

10. Bewohnbare Lauben können auch in anderen als in den durch die Bekanntmachung vom 28. August 1924/20. Juli 1933 ausgewiesenen Wohnlaubengebieten errichtet werden.

11. Der schriftliche Antrag auf Errichtung einer bewohnbaren Laube ist beim zuständigen Amt für Bauordnungswesen (Baupolizei) einzureichen und sodann wegen etwaiger schwebender Planungen dem Amt für Planung im Verwaltungsbezirk zur Stellungnahme zuzuleiten. Dem Antrag sind beizufügen: 1 Lageplan mit Angabe der Nordrichtung, des Standortes der geplanten Laube sowie der Baulichkeiten auf den Nachbargrundstücken, ferner 1 Bauzeichnung mit Grundriß, Schnitt und Ansichten und außerdem folgende schriftliche Erklärung:

- a) Ich verpflichte mich, für mich und meine Rechtsnachfolger den beantragten Bau der Laube der Baugenehmigung entsprechend auszuführen und keine weiteren An- und Ergänzungsbauten vorzunehmen,
- b) für die Beseitigung der Fäkalien einen Trockenabort anzulegen.
Auf die Stellung von Anträgen wegen der Verlegung von Versorgungsleitungen für Gas-, Wasser- und Licht- sowie Abwasserleitungen leiste ich Verzicht,
- c) den Bau so auszuführen, daß er ungeachtet der Witterungseinflüsse für die Bewohner ohne gesundheitliche Schädigung benutzbar bleibt und verzichte bis zur Bekanntgabe des Räumungstermines auf Zuweisung einer Ersatzwohnung,
- d) den Bau bis zum 31. Oktober 1951 oder auf Verlangen des Bezirksamtes schon vorher zu räumen und restlos zu beseitigen, wenn dies wegen anderweitiger Inanspruchnahme des Geländes gefordert wird, und erkläre mich aus diesem Grunde ausdrücklich mit einer widerruflichen Baugenehmigung durch das Amt für Bauordnungswesen (Baupolizei) einverstanden.

B e r l i n , den 9. November 1945.

Magistrat der Stadt Berlin

Abt. für Bau- und Wohnungswesen

S c h a r o u n